

Wie lange werde ich noch funktionieren?

Zur: „Ungelöster Lehrkräftemangel“ und „Die größte Zumutung“, FR-Politik und -Meinung vom 28. Januar

Die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) zur Lösung des Lehrkräftemangels sind in Teilen nachvollziehbar. So fordern Lehrkräfte schon lange eine Entlastung von den zunehmenden Verwaltungstätigkeiten, um sich auf den Unterricht fokussieren zu können. Andere Überlegungen der SWK werden das Problem vermutlich verschärfen. Nimmt man die Arbeitsplatzstudien der letzten Jahre auch nur im Ansatz ernst, sollte man vermeiden, Lehrkräfte noch weiter zu belasten.

Ich bin seit rund 20 Jahren engagiert und mit Herz Lehrerin. Ich bin glücklicherweise gesund und habe dem hohen Arbeitspensum stets standgehalten, obwohl es mich oft erschöpft. Besonders in den letzten zwei Jahren kumulieren sich die Probleme im Unterrichtsalltag allerdings sehr: Die Förderung der Sprachkompetenzen, der schülergerechte Umgang mit digitalisierten

Unterrichtskonzepten, der hohe Grad an Fehlzeiten durch Infekte seit Corona, fehlende Lern- und Sozialkompetenzen (zu viele Schüler*innen verlangen individuelle Aufmerksamkeit, erfassen die Grenzen des Systems Schule nicht). All diese Probleme sind nur mit mehr Zeit, kleineren Lerngruppen und zielgerichteter Unterrichtsplanung zu lösen.

Ich halte dem Druck öfter nur noch mit Mühe standhalte, habe zunehmend Angst vor meiner beruflichen Zukunft. Wenn ich nicht entlastet oder sogar weiter belastet werde, weiß ich nicht, inwieweit ich weiter funktionieren kann. Ich werde aktiv alles tun – und sicher auch gewerkschaftlich unterstützt werden –, um weitere Belastungen seitens des Arbeitgebers zu verhindern und dadurch meine Arbeitskraft engagiert im Sinne der Problemlösung zur Verfügung stellen zu können.

Ich kann nur alle Kolleg*innen aufrufen, laut zu werden und sich in Interessenverbänden zu organisieren, um so unsere – verbliebene – Arbeitskraft vor sinnfreien Mehrarbeitsplänen zu schützen. Ich erlebe, wie junge Kolleg*innen hochengagiert starten und nach wenigen Monaten erschöpft sind. Wir können aufgeben oder kämpfen: Wir sind nicht verantwortlich für eine seit Jahrzehnten kopflose Bildungspolitik. Lösungen mit und für Schüler*innen gehen nur mit gesunden Lehrkräften.

Wie sehen die SWK-Maßnahmen „zur Gesundheitsförderung belasteter Lehrkräfte“ aus? Nachdem man drei Wochenenden durchkorrigiert hat, hilft die beste Entspannungsmethode nicht. Der Körper steht unter Dauerstrom! Die SWK nimmt uns nicht ernst. Dabei liegen seit Jahrzehnten bessere Vorschläge auf dem Tisch. Kersten Kroppach-Wallenstein, Oldenburg

In der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen

Zur: „Beistand für die Jesiden“ und „Den Jesiden verpflichtet“, FR-Politik und -Meinung vom 20. Januar

Der Bundestag hat die grausame Verfolgung der Jesiden durch den IS als Völkermord eingestuft und verurteilt. Das ist eine gute Nachricht und eine längst fällige Entscheidung. Zur zugesagten Unterstützung für diese Volksgruppe gehört unbedingt die Aufklärung über Geschichte und Hintergründe, über Kultur und Religion dieser verfolgten Minderheit. Denn obwohl in Deutschland mit 150 000 bis 200 000 Menschen die größte Diasporagruppe der Jesiden lebt, wird sie in der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen. Allenfalls werden sie als bedauernswerte, rückständige Minderheit gesehen.

Dazu aus meiner Schulpraxis: Einen meiner Schüler, einen 14-jährigen jesidischen Jungen, hielt ich lange für einen Muslim,

denn so wurde er in den Schulkarten geführt. Die Eltern und der Junge selbst sprachen bei der Anmeldung noch kaum Deutsch und „Wir Ezidi“ (betont auf der ersten Silbe) hatte wohl niemand verstanden. Da er aus dem Irak kam, wurde er selbstverständlich dem Islam zugeordnet. Später, als wir uns besser verständigen konnten und ich über seine Herkunft Bescheid wusste, wollte ich eine Änderung der Schülerakte erreichen. Zunächst wurde mir beschieden, das sei egal, das sei doch wohl so eine Art muslimischer Sekte. Was schreiend falsch ist: Das Jesidentum hat mit dem Islam wenig gemein. Vielmehr wurden Jesiden seit Jahrhunderten von den in ihrer Umgebung dominierenden Muslimen unterdrückt und ver-

folgt. Eher gibt es Anklänge an das Judentum (die mütterrechtliche Weitergabe der Religionszugehörigkeit und der Verzicht auf missionarische Bestrebungen), vielleicht auch an das Christentum (die Idee der Erlösung durch eine Vermittlung zwischen Gott und den Menschen).

Es mag wenig wichtig sein, wie ein Kind in der Schülerakte geführt wird. In der Praxis bedeutet das aber, dass Kollegen nicht das nötige Verständnis für die Lebenslage und den Erfahrungshintergrund der betroffenen Schüler und ihrer Familien entwickeln können, wenn sie die historischen, kulturellen und religiösen Hintergründe dieses seit Jahrhunderten verfolgten Volkes nicht kennen.

Claudia Möller, Ranstadt

Bevölkerung und Soldaten sind die Verlierer

Zur: „Viele widerrufen Kriegsdienstverweigerung“, FR-Politik vom 26. Januar

Es ist nur eine kleine Notiz, für mich allerdings erschütternd: 2022 haben 487 Personen ihre Kriegsdienstverweigerung widerrufen. Gründe sind nicht angegeben, aber es ist wohl zulässig, einen Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine zu vermuten.

Ich wurde 1974 als „Kriegsdienstverweigerer anerkannt“, so steht es in meinem Wehrpass. Dem ging eine schriftliche Begründung von mir sowie zweier Zeugen voraus, bevor mein Gewissen in einem mehrstufigen Verfahren inklusive peinlichem Verhör daraufhin geprüft wurde, ob es glaubhaft sei, dass ich das Töten von Menschen im Krieg nicht mit meinem Gewissen vereinbaren könne. Ich hatte Glück und wurde anerkannt; viele andere, deren Motive meinen

gleich waren, wurden dies nicht und mussten den „Dienst“ mit der Waffe antreten mussten.

Was veranlasst Personen, ihre Kriegsdienstverweigerung zurückzunehmen? Können sie es jetzt mit ihrem Gewissen vereinbaren, im Krieg Menschen zu töten, wohlwissend dass neben „feindlichen“ Soldaten vor allem Zivilisten die Opfer sind? Ist für sie Krieg auf einmal eine Option, Konflikte zu lösen? Natürlich hat die russische Staatsführung einen verbrecherischen Angriffskrieg begonnen, ehemals relativ friedlich zusammenlebende Völker in tödliche Schlachten geschickt. Aber inzwischen scheinen beide Seiten die Lösung nur noch in einem „Endsieg“ zu sehen, und formulieren Maximalforderungen. Aber nicht die Kriegstreiber bei-

der Seiten stehen an der Front oder leben im Bombenhagel, nein, ihr Leben setzen sie nicht ein. Sie schicken andere ins Verderben. Das in Friedenszeiten geltende Tötungstabu wird aufgehoben und Mord zur Heldentat. Wer nicht mitmacht, wird stigmatisiert, Deserteuren droht gar die Hinrichtung. Überlebende werden auf lange Zeit traumatisiert, da helfen auch keine Blechorden. Die normale Bevölkerung und die Soldaten sind immer die Verlierer.

Ich habe keine Patentlösung für den aktuellen Krieg. Das ist nicht die Intention dieses Leserbriefes. Aber keineswegs ist es die Widerrufung der Kriegsdienstverweigerung oder weiteres massives Aufrüsten, weder der Ukraine noch der Bundeswehr. Jochim Maack, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230131

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Industrie-arbeitsplätze in Frankfurt erhalten“ mit Stephanie Wüst (Dezernentin für Wirtschaft, Recht, Reformen der Stadt Frankfurt, FDP), Michael Ehrhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Frankfurt) und Christian Schipniewski (Betriebsratsvorsitzender Binding-Brauerei).
Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr
DGB, Wilh.-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.
Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr,
Buchhandlung Weltenleser,
Oeder Weg 40, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche“, der auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse

Taxonomie abschaffen

Zur: „Spielball der Lobbyisten“, FR-Wirtschaft vom 21. Januar

Die EU hat durch die Etikettierung von Atomkraft und Gas in ihrer grünen Taxonomie für Geldanlagen als „nachhaltig“ diesen inflationär gebrauchten Begriff weiter entwertet. Hier war der Einfluss von Lobbygruppen überdeutlich.

Das hat sich bei der sozialen Taxonomie wiederholt. Die Rüstungsindustrie wehrt sich schon länger dagegen, aus Ökofonds und grünen Anleihen oder von günstigen Krediten ausgeschlossen zu werden. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Wehrtechnik“ schrieb Hauptgeschäftsführer Atzpodien (Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.) im Dezember 2020: „Unsere Öffentlichkeit ist derzeit – auch mangels entsprechender Anleitung durch die Politik – offenbar nicht in der Lage, die beiden Enden Sicherheit und Nachhaltigkeit sinnvoll zusammenzubringen.“ Die EU-Kommission hat aufgrund des Streits offenbar die soziale Taxonomie eingefroren, so dass es (vorläufig?) bei der „grünen“ Taxonomie bleibt.

Die Frage ist: Brauchen wir die EU-Taxonomie überhaupt? Auch wenn es manchmal zu Unsicherheiten kommen kann, so hat doch grundsätzlich jede/r eine Meinung dazu, was er/sie für förderungswürdig hält oder nicht und in welche Firmen oder Projekte er/sie investieren will. Die sehr komplizierte und verwirrende EU-Taxonomie hilft da nicht weiter. Zu fordern ist, dass die Anlagemöglichkeiten transparent sein müssen, so dass erkennbar ist, worin man/frau investiert. Das macht die Beschäftigung mit den Anlagekriterien und u.U. mit den einzelnen Wertpapieren in Fonds erforderlich, was zum Teil recht aufwendig, aber im Prinzip zu leisten ist. Helfen können da Rating-Agenturen sowie spezialisierte Berater und Vermittler, die sich hauptberuflich mit diesen Fragen beschäftigen.

Die EU-Taxonomie ist dagegen beschwerlich und entbehrlich. Ich wäre für ihre Abschaffung. Eduard Belotti, Augsburg

Es ist zum Haareraufen

Kritik an Merz: „Man spuckt ihnen ins Gesicht“, FR-Politik vom 13. Januar

CDU/CSU verstehen es mit ihren unsäglichen Statements immer wieder, einzelne Bevölkerungsgruppen zu diffamieren. Die AfD lacht sich wahrscheinlich ins Fäustchen, bedienen doch vor allem Merz, Söder und Dobrindt trotz aller gegenläufigen Beteuerungen genau deren Hetzparolen. Anderen „ans Bein zu pinkeln“ scheint immer noch ein erfolgreiches Geschäftsmodell zu sein, das mit entsprechend vielen Wählerstimmen belohnt wird. Es ist zum Haareraufen.
Lorenz Breiteringer, Rimpf